

Ersteinst
an allen Werktagen.
Bezugspreis
am Donnerstag 12.—
in der Verkaufsstelle 250.—
in den Ausgabenstellen 260.—
durch Zeitungshändler 300.—
am Polnisch 275.—
im Ausland 20 deutsche Mark.

Germabreiter. 4248. 2278.

8110. 8249

Poststempel für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsförderung oder Aussortierung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachleistung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Abgegebene Preis
f. d. Grundschriftsätze im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 40.— M
Niederschlesien 120.— M

Für Aufträge aus
Deutschland 350 M
im Niederschlesien 10.— M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Glocke Konto für Polen: P. K. O. Nr. 201283 in Poznań

Das Reparationsproblem.

Vertrauliche Besprechungen in Berlin.

Am Montag und Dienstag haben in der Reichskanzlei vertrauliche Besprechungen stattgefunden, in denen Dr. Rathenau eingehend über seine Verhandlungen in London berichtete. An den Sitzungen nahmen außer dem Reichskanzler der Reichsfinanzminister Dr. Hermann, der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, sowie der Staatssekretär Dr. Daniel als Vertreter des Auswärtigen Amtes teil. Außerdem waren noch mehrere Vertreter dieser an dem Reparationsproblem unmittelbar beteiligten Ressorts anwesend. Über das Ergebnis dieser Besprechungen wird strengstes Stillschweigen gewahrt.

Nach dem "Berl. Tagebl." ist die Antwort der Bank von England auf die Anfrage der Reichsregierung, ob sie gewillt sei, Deutschland einen Kredit einzuräumen, nunmehr eingetroffen. Über die Art dieser Antwort wird das strengste Stillschweigen gewahrt.

Am Dienstag nachmittags hat der Reichskanzler Dr. Wirth in der vertraulichen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates insbesondere von den Verhandlungen gejedrochen, die von deutschen Privatleuten in der letzten Zeit in London mit den dortigen Finanzkreisen geführt worden sind, erstmals von ähnlichen Verhandlungen, die in Berlin mit amerikanischen Finanzkreisen stattgefunden haben. Er schilderte die Lage im allgemeinen ziemlich optimistisch, ohne auf besondere Einzelheiten einzugehen. An positiven Tatsachen enthielt infolgedessen die Rede verhältnismäßig wenig.

Seine Darlegungen gipfelten in dem Hinweis, dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands in ihrer Verschlechterung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand öffentlicher internationaler Diskussionen geworden sei. Es sei jetzt von Bedeutung, dass diese Erörterung vorangeht und vertieft werde. Was Deutschland betreffe, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereit halten. Der Hakenburgsche Geizentwurf hielte anscheinend eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zur positiven Mitarbeit an der Lösung dieser deutlichen Lebensfrage zu befähigen. Die Ausführungen des Reichskanzlers machten auf die anwesenden Vertreter der deutschen Wirtschaft einen starken Eindruck, der sich in Bissal äußerte. Dann trat der Ausschuss in die sachliche Beratung der Vorlage ein. Die Sitzung des Reparationsausschusses ist kurz nach 1 Uhr zu Ende gegangen, ohne dass Dr. Rathenau selbst über das Ergebnis seiner Londoner Besprechungen Bericht erstattete. In parlamentarischen Kreisen verlautet, dass englische Kreise nicht abgeneigt seien, uns für die beiden nächsten Monaten einen Kredit zur Verfügung zu stellen, der aber nur kurzfristig sein würde.

Annahme des Kompromisses im Reichswirtschaftsrat

Berlin 15. Dezember. (Telunion.) Der Reichswirtschaftsrat hat Dienstag nachmittags um 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um die Beratung des Gesetzentwurfs zur Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe fortzusetzen. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht. Reichskanzler Dr. Wirth war nicht anwesend, auch Dr. Rathenau war nicht erschienen. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Edler von Braun berichtete Dr. Hachenburg kurz über die heutige Sitzung des Reparationsausschusses. Er hat in der Kreditfrage einstimmig dem Kompromiss zugestimmt, das folgendermaßen lautet:

Der Reparationsausschuss erwirkt die Meinung aus, dass eine aus Grund des Beschlusses der Volksversammlung des Reichswirtschaftsrates am 4. November 1921 durchzuführende Kreditaktion eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. Der Kredit ist zeitlich und dem Beitrage nach zu beschränken. Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reiche und besonders bei den Reichsverkehrsberrieben sind daneben mit größter Verbleitung in die Wege zu leiten. Dagegen lehnt der Reparationsausschuss die Bequidung dieser und anderer als Bedingung gestellten Forderungen mit der Kreditfrage ab. Der Reparationsausschuss setzt voraus, dass der auf Grund der Vorbereitungen des Reichswirtschaftsrates anzustellende, endgültige Geizentwurf der Reichsregierung vor Ablaufung an den Reichsrat dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen wird. Auf Vorschlag Dr. Hachenburgs summie die Volksversammlung einstimmig ihre Aussprache dem Antrag zu.

Briands Reise nach London.

"Daily Telegraph" erklärt, dass man in Londons politischen Kreisen die Zeit für eine Finanzkonferenz als gekommen ansieht. Das Blatt meint auch, dass die Konferenz unter energischen Aushilfen zusammenentreten wird, um die belegte Frage der Weltwirtschaftslage und gewisse Minen zur Belebung des augenblicklichen ungejünden Zustandes zu prüfen. Der kommende Besuch Briands würde Lloyd George eine Gelegenheit bieten, die Ansicht Frankreichs in dieser äußerst schwierigen Frage festzustellen. Nachdem die irische Frage so gut wie gelöst sei, sei das größte Hindernis einer Reise Lloyd Georges nach den Vereinigten Staaten verschwunden.

Die "Rzeczpospolita" berichtet, dass am nächsten Mittwoch die Beziehungen Briands mit Lloyd George beginnen werden. Sie werden drei Tage dauern und die Regelung der internationalen Finanz- und Wirtschaftslage behandeln. "Wojciech Gajet" erklärt, dass Lloyd George Briand davon überzeugen wolle, dass der Wiederaufbau Mitteleuropas und Russlands auf solchen neuen Grundlagen möglich sei. Wie es ihm in Briand zu Befriedenheit in diesen Angelegenheiten in Kontakt mit dem britischen Point unter der Bedingung bereit, dass Frankreich keine Hand habe. "Daily Chronicle" bringt die Nachricht, dass Lloyd George Boucicau erklärt habe, dass die Angelegenheit der beiden Fahrlägen nur ein Teil der grundlegenden Aufgabe im Wiederaufbau Europas sei. Diese Angelegenheit kann nur nach Regulierung der staatlichen Beziehungen in Mittel- und Osteuropa geregelt werden.

Ententepresse zum Viermächtebündnis.

Englische Blätter.

London. 14. Dezember. Die Presse begibt das Washingtoner Viermächteabkommen, das einen neuen Schritt auf dem Wege zum Weltfrieden bedeute. Das Viermächte-Abkommen werde in den Vereinigten Staaten nicht das Schotter des Versailler Vertrages erledigen. Die Ratifizierung durch die anderen Länder sei bereits geschafft. "Daily Telegraph" erwartet, dass man nach diesem glänzenden Erfolg auch ein endgültiges Vereinkommen bezüglich der vorliegenden Formel ist die Errichtung der Rüstungen zur See erwarten kann.

Der Sonderberichterstatter der "Times" schreibt, die Konferenz habe ein neues Kapitel in der Geschichte der Nationen eingelegt. In einem Beitrag hebt das Blatt hervor, dass das Viermächte-Abkommen von Japan mit Beteiligung aufgenommen sei. Die Lügernelemente in Japan hätten die Oberhand behalten. Die "Times" berichtet, dass gut unterrichtete Kreise in London den Eindruck haben, dass die Erörterungen zwischen Lloyd George und Briand die Einleitung seien werden für eine Erörterung der gesamten Frage der finanziellen Verpflichtungen, nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Alliierten, da die Wirtschaftslage der Welt von der Frage der Weltfinanzen nicht getrennt werden könne.

Der parlamentarische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, in politischen Kreisen in London werde angesichts des in der wissenschaftlichen Frage in Washington erzielten Erfolges erwartet, ob die Stunde für die neue Konferenz unter den Aufsichten der Vereinigten Staaten nicht gekommen sei, um die Geamtregelungen der Weltwirtschaftslage und etwaige Mittel zur Befreiung der angeblich ungünstigen Zustände zu prüfen. Der kommende Besuch Briands werde Lloyd George eine Gelegenheit geben, die Ansicht Frankreichs in dieser äußerst schwierigen Frage festzustellen. Nachdem die irische Frage so gut wie gelöst sei, sei das größte Hindernis, eine Reise Lloyd Georges nach den Vereinigten Staaten verdwunden.

Eine französische Stimme.

Paris. 14. Dezember. Im "Petit Parisien" wird die Frage aufgeworfen, ob das Viermächteabkommen, das jetzt bezüglich des Sistens Oceans getroffen wurde, nicht unter denselben Formen in Europa und die Entwicklung zu Ende angewendet werden könne. Was das Washingtoner Abkommen tatsächlich kennzeichnet, sei, dass es keinerlei vorläufige Verpflichtungen enthalte. Wenn diese Art einer Entente genüge um die Ablösungen zu beschränken, so sei es deshalb, weil zwischen den beteiligten Mächten keine Kriegsgefahr mehr bestehen. In Europa sei die Lage ganz anders. Frankreich sei von Deutschland durch keinen isolierenden Ocean getrennt. Beimutte und polnische Konfliktsachen beständen schon durch die Tatsache, dass Deutschland momentanweise mit einer neuen Lage unzureichend sei. Frankreich werde sich niemals zu einer Beschränkung der Bewaffnung verpflichten, solange man ihm keine rechte Bürgschaft gebe. Im Interesse der amerikanischen Freundschaft müsse diese Angelegenheit europäisch bleiben. Die Franzosen seien eins mit dem Vertreter Frankreichs, indem sie für ihr Land das Recht beanspruchen, nur wenn absurden als sie es für gut halten. Bei dieser Gelegenheit erinnert sich, dass die größte Hindernis, eine Reise Lloyd Georges, nur in seinem Entschluss bestätigen können.

Schluss in Washington.

Während Pariser Blätter davon sprechen, dass die Konferenz in Washington wahrscheinlich am 28. Dezember beendet sein wird, meldet W. T. B. aus Washington:

Alle britischen Delegierten auf der Konferenz haben Vorbereitungen getroffen, um am 31. Dezember nach Europa zurückzukehren. Man nimmt an, dass dies zu diesem Zeitpunkt die Hauptfragen, mit denen sie sich beschäftigt, erledigt sein werden.

Nach Meldungen aus London ist es wahrscheinlich, dass die Reparations- und Finanzkonferenz nach Washington verlegt würde. Von Pariser Blättern wird sie nicht besonders ernst genommen. Ebenso wie die Meldung des "Daily Express", dass Briand und Lloyd George demnächst gemeinsam nach Washington fahren werden. Lloyd George hat bekanntlich vor einigen Tagen schon in einer Anhörung vor die amerikanischen Journalisten seinen endgültigen Bericht an die verbindliche Teilnahme an den legenden Sitzungen der Washingtoner Konferenz erläutert, und Briand ist eine dritte und vierte Zahl über das große Wasser in der winterlich kalten Zeit nicht recht zuzumuten. Schließlich hat Hoover in seiner Eigenschaft als amerikanischer Handelsminister erklärt, Amerika könne jetzt, nachdem es seinerzeit an den Reparationsverhandlungen nicht teilgenommen habe, in der Reparationsfrage nicht interviere. Dieses Problem sei ein rein europäisches und könnte nur von den interessierten Nationen gelöst werden.

Die Verhandlungen zwischen China und Japan in Washington.

Washington. 14. Dezember. (Tel.-U.) Die chinesische und japanische Delegationen haben über die Eisenbahn Haikou-Han-Tu-Mian zu verhandeln. Nach einer offiziellen Meldung sind bedeutende Fortschritte im Hinblick auf eine Regelung dieser Frage erreicht worden.

Vor der Klärung der Flottenfrage.
Washington. 14. Dezember. (Tel.-U.) Die Initiatoren betreffen die Flottenverhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Die Aussprache über die Festsetzung des Verhältnisses der Seestreitkräfte wurde weiter fortgesetzt. Hierbei macht sich keine weitere Opposition dagegen bemerkbar, dass Frankreich und Italien das Recht haben, dieselbe Anzahl von Kriegsschiffen zu besitzen, wie Japan.

"Daily Telegraph" berichtet aus Washington, dass die Sache sich über die Seestreitkräfte verständigt haben. Japan erhielt die Erlaubnis, den Bau des Panzerschiffes "Mutia" zu beenden. Die Vereinigten Staaten werden den Bau der "Virginia" und noch eines Kriegsschiffes zu Ende führen. England baut noch zwei Schiffe des Typs "Hoc". Der Washingtoner Korrespondent des "Matin" berichtet, dass vor der Beendigung der Aussprache über den Vertrag der Viermächte sich ein außergewöhnlicher Vorfall ereignete. Der japanische Admiral Kato protestierte in mehr als entschiedener Weise gegen die Bestimmung, die im Vertrag "Dominium" bestimmen im Stillen Ozean enthalten ist, und sah in dieser Bestimmung eine Rücksicht der Souveränitätsrechte Japans. Erst später gelang es, den erregten Delegierten zu beruhigen und zur Unterschrift zu bringen.

Ost-Karelien mobilisiert.

Riga. 15. Dezember. Der Nationalrat von Ost-Karelien ordnete die allgemeine Mobilisierung der waffentüchtigen männlichen Bevölkerung an.

Annahme der Danina in zweiter Lesung.

Sitzung vom 4. Dezember.

Warschau, 15. Dezember.

Die Einzelberatung über die einmalige staatliche Abgabe wird fortgesetzt.

Abg. Wierzbicki (Nat. Volksverband) als Berichterstatter erklärt, die Hauptstreitpunkte seien folgende: 1. die Frage der vollständigen Abgabefreiheit der weniger als 5 Morgen umfassenden Besitzungen, das heißt der Kategorie, für die der Ausschuss eine Ermäßigung von 75 Prozent feststellt; 2. die Frage der gerechten Abschätzung des Besitzes in Landwirtschaft, Handel und Industrie durch die Ausschüsse; 3. die Frage der Anwendung der Progression bei der Erhebung der Abgabe von der Landwirtschaft; 4. die Frage des Verkaufs von Grundstücken zum Zweck der Bezahlung der Abgabe; 5. die Frage der Besteuerung des baren Geldes. Der Redner weiß darauf hin, dass der Abg. Kowalczyk mit Unrecht annahm, der Ausschuss wäre über die Anträge der Minderheit ohne weiteres hinweggegangen. Im Gegenteil. Der Ausschuss hat in allen jüdischen Punkten sich bemüht, einen Mittelweg zu finden, um die auseinandergehenden Wünsche der Fraktionen unter einen Hut zu bringen. Der Ausschuss war überzeugt, dass ihm das bis zu einem gewissen Grade gelang. Wir sind überrascht, jetzt hier im Plenum eine solche Verschiedenartigkeit der Ansichten zu finden. Hinsichtlich der Befreiung der kleinen Besitzungen von der Abgabe ist der Redner der Meinung, dass diese Befreiung wirklich gewährt werden kann. Was die Progression betrifft, so weiß er darauf hin, dass der Ausschuss statt der Progression Erleichterungen für kleinere Besitzungen (Progression) in Aussicht nahm. Eine Änderung in der Abschätzung der Wälder kann nur unter der Voraussetzung eines neuen Katasters geschehen, und das ist vor Inkrafttreten der Danina nicht realisierbar. Daselbe bezieht sich auf die Frage des Verkaufs von Grundstücken zum Zweck der Bezahlung der Danina. Die zu diesem Artikel vorgeschlagenen Änderungen würden größtenteils die Verwirklichung der einmaligen Abgabe auf lange Zeit hinauschieben. Die Besteuerung des baren Geldes würde die Pläne des Ministers durchkreuzen, der ja die Danina als ein Mittel der Stabilisierung der Mark beabsichtigt, während die Besteuerung des baren Geldes die Mark entwertet würde.

Abg. Moraczewski (Soz.) sieht im Namen seiner Fraktion den Änderungsvorschlag an Artikel 1 gut.

Art. 1 wird unverändert angenommen.

Zu Art. 2 wird der Änderungsantrag des Abg. Grabowski (Nat. Volksverband) angenommen.

Zu Art. 3 wird der Änderungsvorschlag des Abg. Diament angenommen. (Von der Abgabe befreit werden auch Berufsbewerber und Ernährungsgenossenschaften sowie deren Verbände.) Angenommen wird auch der Änderungsantrag des Finanzministers (Einführung des Wortes "Komunale" vor das Wort "Spartassen"). Der Änderungsvorschlag des Abg. Kowalczyk (Abgabefreiheit kleiner Landwirte) wird abgelehnt.

Zu Art. 4 wird der Änderungsantrag des Abg. Wojdalinski (Nat. Volksvereinigung) angenommen, der den Multiplikator für die Grundsteuervorschriften feststellt.

Art. 7 wird angenommen mit der vom Abg. Wojdalinski vorgeschlagenen Änderung (15 Proz. statt 10 Proz.).

Zu Art. 9 wird der vom Finanzminister vorgeschlagene dritte Abgabe angenommen (Erhebung der Abgabe in Höhe von 2000 Mark von jedem Wohnraum in den Orten, für die das Wiedergutmachegesetz nicht gilt).

Art. 10 wird angenommen im Wortlaut des Ausschusses unter Ablehnung des Zusatzantrages auf Erhöhung der Abgabe von den freien Berufen.

Zu Art. 12 wird der Zusatzantrag des Abg. Wierzbicki angenommen.

Der neue Art. 12a wird angenommen.

Die Änderungsvorschläge zu den Artikeln 17, 18, 20, 21 und 25 werden abgelehnt.

Zu Art. 28 wird der Änderungsvorschlag des Abg. Grabowski auf Annahme des Kreises Ciechanów in die Vergütungstabellen angenommen.

Zu Art. 40 wird der Änderungsvorschlag des Abg. Witos angenommen (Erleichterungen für die Kolonisten in den östlichen Wojewodschaften).

Zu Art. 42 werden die Änderungsanträge der Abgeordneten Poniatowski und Kowalczyk abgelehnt. Angenommen wird der Änderungsantrag des Abg. Wierzbicki: 1. Der Verkauf von Grundstücken darf im Agrarreformgesetz vorgeesehenen Umfang nicht überschreiten. 2. Über den Verkauf entscheidet das Bezirkslandtagsamt zusammen mit dem Finanzminister. Falls eine Einigung nicht erzielt wird, entscheidet der Finanzminister im Einverständnis mit dem Präsidenten des Hauptlandtagsamtes.

Nach Ablehnung des Änderungsantrages des Abg. Matajewicz wird der ganze Art. 52 mit den Änderungsvorschlägen des Abg. Wojdalinski mit 208 gegen 122 Stimmen angenommen.

Zu Art. 53 wird der Zusatzantrag des Abg. Kowalczyk abgelehnt.

Zu Art. 54 wird der Änderungsvorschlag des Abg. Wierzbicki angenommen.

Damit ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfs beendet.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet das Gesetz über die Erhöhung der Garantie des Staates für die Obligationen der polnischen Landesbank. Über den Entwurf berichtet Abg. Diament. Die Garantie wird auf 5 Milliarden für Kommunalobligationen, auf 2 Milliarden für Eisenbahnbörsen und auf 1½ Milliarden für Sparfasseneinlagen erhöht. Der Finanzminister wird ermächtigt, in der polnischen Landesbank eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde zu machen. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nächste Sitzung am Freitag um 10 Uhr vormittags.

Aus Litauen.

Rosenbaum tritt zurück.

Warschau, 14. Dezember. Aus Riga kommt die Nachricht, dass sofort nach der Rückkehr des Ministers Rosenbaum die jüdischen Abgeordneten und das Exekutivkomitee des jüdischen Volksrates zu einer Sondersitzung zusammenberufen würden. Die Versammlung forderte von Rosenbaum den Bericht über die Verhandlungen, die er in Warschau geführt. Das Ergebnis der Verhandlungen war der sofortige Verzicht Rosenbaums auf sein Mandat und auf die Führung im jüdischen Volksrat. Die Warschauer Presse befasst sich lebhaft mit dieser Tatsache, wiewohl Einzelheiten über den Verlauf der Versammlung und über die Gründe, die Rosenbaum zu diesem radikalen Schritt bewogen haben, fehlen.

Eine mündliche Note Polens an die Sowjetregierung.

Warschau, 15. Dezember. Der Minister des Auswärtigen gab bekannt: Am 5. d. Ms. gab der polnische Gesandtschaftsträger in Moskau im dorungen Volkskommissariat des Auswartigen folgende Erklärung ab: Es ist zuerst ein Kriegsgefangene zum Eintritt in die Note Armee zu zwingen und sie, als sie sich diesem widerrechtlichen Vorgehen widersetzen vor das revolutionäre Gericht dieser Armee stellen. Die davon Betroffenen verschwanden nach der Gerichtsverhandlung und keiner von ihnen kam wieder zurück, da sie je wiedergetreten. Solche Fälle ereigneten sich in der Deutschen Union im Kubanbezirk, wo im Juli d. Js. der Kommandeur des 8. Kavallerieregiments der 6. Division der 1. Reiterarmee Budieny die polnischen Kriegsgefangenen zum Vertrag zu zwingen versuchte. Das elbe geschah in anderen Regimentern der ebenen Divisionen. Es besteht der begründete Verdacht, daß die Kriegsgefangenen, die sich weigerten, in die polnische Armee einzutreten, im geheimen erstickt wurden. Für die Wahrheit der Tatsachen hat die Gesandtschaft eine Reihe von Beweisen und Bezeugen. Ich befehle mich, die e. Tatsachen zur Kenntnis des Volkskommissariats des Auswärtigen zu bringen und trage, ob dem Kommissariat diese erbrechenden Tatsachen bekannt sind. Die Gesandtschaft der Republik Polen will vorläufig den Berichten von der Erfüllung der Kriegsgefangenen nicht Glauben schenken, aber sie protestiert gegen den Versuch, die Kriegsgefangenen zum Eintritt in die polnische Armee zu zwingen und verlangt genaue Untersuchung der Angelegenheit und Benachrichtigung über das Schicksal der vor die revolutionären Gerichte der 6. Division der Reiterarmee Budieny gesetzten polnischen Kriegsgefangenen, sowie Bestrafung der Schuldigen.

Aus Wilna.

Kongress der Weißrussen.

Wilna, 14. Dezember. Am Sonntag fand hier ein Kongress der Vertreter der Weißrussen aus Mittel-Litauen und der Nowogroder Woiwodschaft statt. An dem Kongress nahmen circa 200 Personen teil. Der Kongress wurde vom Vorsitzenden der Schulkommission des weißrussischen Landesverbandes Sofronowski eröffnet. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde Paul Aleksinek gewählt. Die Begrüßungsrede hielten im Namen des weißrussischen politischen Komitees Adamowicz, im Namen der weißrussischen Akademie Hrynkiewicz und viele andere. Der Kongress beschloß, Deputaten an den Staatschef, an den Warschauer Sejm, an den Präsidenten des Ministerrats, sowie an General Zeligowski zu schicken. Es wurden Kommissionen für politische, wirtschaftliche und Bildungs-Angelegenheiten gewählt. Auf dem Kongress herrschte eine für den polnischen Staat geeignete Stimmung.

Wilna, 12. Dezember. (PAT.) Der Präses der zeitweiligen regierenden Kommission Herr Mieczkowski erließ im Zusammenhang mit der Wahlaktion ein Dekret über die Freiheit der Presse.

Die Oberschlesien-Verhandlungen.

Das Wolfs-Bureau berichtet über den Stand der Verhandlungen: Der Eisenbahnausschuss setzte seine Inspektionsreise nach den Bahnhöfen im südlichen Abschnitt der künftigen deutsch-polnischen Grenze von Hindenburg bis Bogumin weiter fort. Zugleich fanden im Unterausschuss Verhandlungen über die Eisenbahnverstärkungen statt. Die Kommission für Wasser- und Elektrizitätsangelegenheiten beriet nach Erledigung gewisser technischer Einzelheiten über die Wasserversorgung der Stadt Weuthen und über die Elektrizitätsfrage. In dem Ausschuss für Kohlangelegenheiten sind die Arbeiten so weit vorgeschritten, daß es in der heutigen Sitzung möglich sein wird, die Vorschriften über den Grenzverkehr für den Durchgangszeitraum eingehend festzulegen. Die Arbeiten des Ausschusses für Bergwerksprodukte sind ebenfalls so weit gediehen, daß die Beratungen über die Fragen bezüglich des Blei- und Zinkzuges bald beendet sein werden. Die 7. Kommission hielt gestern keine Beratungen ab. Der Ausschuss für soziale Versicherung beschäftigte sich gestern mit der Frage der Versicherung bei Unglücksfällen und mit der Invalidenversicherung. Im Rechtsausschuss einigte man sich dahin, daß im ersten Zeitraum weiter die deutschen Geleise verpflichten sollen. Darauf beriet man über die wichtige Angelegenheit der Liquidierung des deutschen Eigentums in dem Gebiete Oberschlesiens, das Polen zuerkannt wurde. Der Verkehrsrausschuss und der Ausschuss für die Angelegenheit der nationalen Minderheiten hielten gestern keine gemeinsame Sitzung ab. Dagegen berieten die deutschen und polnischen Mitglieder dieser Kommission gesondert.

Pressebericht der polnischen Delegation.

Die Beratungen der einzelnen Kommissionen werden weiter fortgesetzt. In dem Unterausschuss für Kohlangelegenheiten und Bergwerksprodukte wurde über die Frage der Blei- und Zinkzüge beraten. Auf Grund des vorhandenen statistischen Materials

wurde die Menge des Zinkzuges festgestellt, das Deutschland aus dem polnischen Teil Oberschlesiens in den Jahren 1911 bis 1913 gewonnen hat. Der Unterausschuss wird seine Arbeiten wahrscheinlich sehr bald beenden. Die Arbeiten in dem Unterausschuss für Kohlangelegenheiten schreiten gleichfalls weiter vor. Alle in der Partei Entscheidung enthaltenen Punkte, die die Kohlangelegenheiten betreffen, wurden schon besprochen. Der Eisenbahnausschuss legte seine Reise in den Grenzgebieten der Eisenbahnlinie des Kreises Lublin weiter fort; Der Unterausschuss für Wasser- und Elektrizitätsangelegenheiten setzte fest, daß die Kontrakte über die gemeinsamen Lieferungen von elektrischem Strom beiderseits festgelegt werden müssen. Der Unterausschuss besichtigte heute früh die Wasserleitungseinrichtungen in der Adelsruhe im Kreise Tarnow. In dem Unterausschuss für Kohlangelegenheiten wurden Meinungsverschiedenheiten unter beiden Parteien festgestellt. Ebenso sind die Meinungen im Unterausschuss für Angelegenheiten der Arbeiterverbände über die weitere organisatorische Einheit der bestehenden Arbeiterverbände in Oberschlesien verschieden. Kommissar Erhardi, der Vorsitzende des Eisenbahnausschusses und Mitglied des Präsidiums der Delegation, hielt heute eine Beratung mit dem hiesigen polnischen Eisenbahnerverband ab.

Die fiskalischen Gruben Oberschlesiens unter polnisch-französischer Verwaltung.

Warschau, 16. Dezember. (Teilung) Die staatlichen preußischen Kohlengruben in Oberschlesien, die an Polen fallen werden, in einer polnisch-französischen Gemeinschaft unter polnisch-französischer partikularer Verwaltung umgewandelt.

Die Sorgen der Deutschen in Oberschlesien.

Aus Beuthen meldet W. T. B.: Im Laufe des Sonntags sind in Gleiwitz Besprechungen des Staatssekretärs u. d. Gewalts und des Regierungsrätemen u. d. d. M. quei mit den Vertretern des vor kurzem ins Leben gerufenen Oberschlesischen Verbands für Heimatforschung und kulturelle Betriebsabteilung und des Oberschlesischen Gewerbeverbands für Betriebsabteilung statt. Die einnehmende und ausgedehnte Aussprache gab den deutschen Unterhändlern Gelegenheit, alle Wünsche und Forderungen der deutschen Bevölkerung in der für abzurenden Teil Oberschlesiens leben wichtigen Frage des Schutzes der deutschen Minderheit kennenzulernen. Dabei kam die lebhafte Sorge und die schwere Benachrichtigung zum Ausdruck, mit der die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens angestrichen der schlimmen Erfahrungen ihrer Schicksalsabenteuer in Polen und Westpreußen ihrem zukünftigen Schicksal entgegenseht.

Die fünftige Sitzung des Völkerbundes.

Warschau, 14. Dezember. Am 10. Januar 1922 wird der Völkerbund seine Sitzungen aufnehmen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem eine Reihe von Angelegenheiten, die Danzig betreffen, und zwar: die Berufung Polens gegen die Entscheidung des Oberkommissars über die Weichselfrage, die Ernennung des neuen Oberkommissars, dessen Mandat im Januar erlischt, die Angelegenheit der Danziger Staatsbürgerschaft, der Handelsvertrag zwischen Polen und Danzig und Norwegen, die Angelegenheit des Danziger Senats, der polnisch-Danziger Vertrag vom 24. Oktober, die Finanzlage Danzigs und außerdem auch die polnisch-litauische Frage.

Die Danziger Bahnen.

Danzig, 14. Dezember. Auf Grund der Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes hat die freie Stadt Danzig das Recht, einen Delegierten in die polnische Eisenbahndirektion in Danzig zu entsenden, der die Direktion über die Forderungen der freien Stadt informieren, insbesondere über den Vorstadtverkehr und über Sendungen, die die Befohner der freien Stadt aufgeben und empfangen. Auflösung erzielten soll. Zu diesem Delegierten wurde der Geheime Regierungsrat Seering, zu seinem Vertreter der Legationsrat Rüttler ernannt.

Italien als Vorbild.

Bonnoni über die Minderheiten Italiens.

Rom, 14. Dezember. Bonnoni antwortete im Senat auf die ihm gemachten Vorwürfe, daß er die Bildung deutscher Verbündungen gestatte. Italien werde von seinen neuen Bürgern lediglich Freudewidern. Italien lasse sowohl den Slawen wie auch den Deutschen ihre Sprache und Kultur, da es die Rechtfertigung seiner Kultur anerkenne. Italien behalte sich lediglich die ungehinderte Ausbreitung seiner eigenen Kultur vor; es wolle jedoch niemand entnationalisieren.

Bosniaken und Slowenen.

Wien, 14. Dezember. Die "Wiener Tageszeitung" berichtet aus Triest: Gestern fanden hier erste Demonstrationen gegen die Slowenen statt. Die Asylanten hielten eine Broterhebung gegen die Polizei in Triest ab. Die Massen begaben sich vor das Nationalhaus der Slowenen und plünderten es. Sie riefen die Presse an, welche im scharfen Tone gegenüber der Abiagere der Pläne der Regierung über den Diskont gegen die slowenische Regierung.

Bringen. Die Brintnerschen sind so unschuldig wie Du und ich! Und jetzt geh! Ich mag kein Wort mehr von der dummen Geschichte hören!

Er ließ sie in der Küche stehen und verschwand in seiner Schlaframmer, die Tür hastig hinter sich zuworfend.

Mit offenem Mund starre sie ihm nach.

Was war denn über ihn gekommen auf einmal?

V.

Wie das Gerede unter die Leute gekommen war, wußte niemand. Aber an all die dunklen Gerüchte, die um das Ehepaar Brintner kreisten, knüpfte sich nun auch noch dies: Justina Brintner und Konrad Fercher sind ein heimliches Liebespaar! Die Bewerbungen um Morei waren nur ein Deckmantel dafür. Vor den Leuten und auch vor Andres wußten sie es bisher geschickt zu verborgen. Aber der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Und einmal waren sie eben doch bei einer heimlichen Zusammenkunft auf dem einsonnen Bachweg hinter dem Brintnerhof von jemand beobachtet worden...

Wer dieser jemand war, wußte niemand. Aber in ganz Altkreut wurde das Gerücht willig geglaubt und heimlich weitergegeben von Haus zu Haus.

Andres erfuhr es zuerst von der Bachtwirtin in Ebenthal, bei der er Stammgast war und die es ihm "wohlmeidend aus Freundschaft" andeutete. Sie glaubte nicht an die Schuld, die andere Leute ihm insgeheim zur Last legten. Dazu war er ein viel zu tollpatschiger, indolenter Mensch, wie sie versicherte. Aber nun wußte man wenigstens auch, warum er so viel trank — selbst in diesen Tagen, wo sein Vater noch auf der Bahre lag. Und Justina, die könnte es schon getan haben — mit Hilfe ihres Geliebten, des Zahlmeisters Fercher...

Als sie das alles Andres "steckte", war er zuerst sprachlos und sah sie ein Weile mit stierem Blick an. Dann lachte er laut auf. Die Bachtwirtin wußte nicht recht — war es vor Galle oder weil er es nicht glaubte?

"Weißt Du denn, ob sie unschuldig sind? Hast nicht gehört —"

"Weibergewächs!" schnitt er ihr kurz das Wort ab.

"Nur Frauenzimmer können so ein albernes Gerede auf-

Sowjetland.

Die russischen Emigranten und Flüchtlinge verlieren ihre Staatszugehörigkeit. Das russische Volkskunstfestival hat beschlossen, allen russischen Emigranten und Flüchtlingen, die sich länger als 5 Jahre im Ausland aufhalten, die russische Staatszugehörigkeit zu entziehen, ebenso denjenigen Personen, die sich ohne Erlaubnis der Sowjetbehörde ins Ausland begeben.

Telephonische Verbindung Moskau-Kowas. Wie die Sowjetregierung mitteilt, wird demnächst die telefonische Verbindung zwischen Kowas und Kowas über Lettland in Betrieb genommen werden. Diese Leitung soll nach Eröffnung auch besonders dem direkten Telegrammverkehr zwischen Deutschland und Sowjetland dienen.

Der Aufstand in der Ukraine.

Nach einer Meldung der "Berlingske Tidende", aus Helsingfors dauern die blutigen Kämpfe in der Ukraine weiter. Der Aufstand an. Trotz nimmt weitere Truppen zu, um die Aufstände gegen die Ukraine vor. Der Oberkommandierende der Sowjettruppen in der Ukraine hat den Befehl erhalten, den Aufstand in der Ukraine mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Wühlereien in Kurdistan.

Kurdistan soll nach den Bestimmungen des Friedens von Sevres ein autonomer Staat werden, falls die Mehrheit seiner Bevölkerung dies möchte. In ihrer ersten Siegesbegeisterung glaubte die Entente an das Ende der Türkei, und Frankreich entzog seinen verdeckten Agenten, den General Scherif Pascha, nach Kurdistan, um dort einen Vasallenstaat als Ergänzung des syrischen Mandates ins Leben zu rufen. Frankreich verzichtete aber auf die Gebiete um Mossul, und England mußte sich nun mehr um die Kurden kümmern. Diese sind für die Briten insofern wichtig, als sie die künftige Ausbeutung der Petroleumgebiete um Mossul fördern können. Für eine Scheinanonomie unter englischer oder französischer Aufsicht haben die Kurden aber nichts übrig. So wurde der Plan des Kurdenstaates, wie so mancher andere Punkt des Friedens von Sevres, fallen gelassen.

Die Versuche, die Kurden in irgend einer Form gegen die Türken auszuwählen, haben sich als vergeblich erwiesen. Kurden und Türken standen immer gut miteinander, und trotz vieler Auseinandersetzungen begriffen die Kurden rasch, daß die Männer von Angora die Sache des gesamten Islam verteidigen. Nach der Errichtung des Königreichs Mesopotamia unter Faisal kam es zu Unruhen bei den Kurden in der Gegend der Tigris. König Faisal hat dann in Mossul zu vermittelnden geplant, und neuerdings haben sich die Engländer aus Konstantinopel den früheren Präsidenten des Kriegsgerichts unter Heribor Pascha, Murat Pascha, versöhnen, um für sie in Kurdistan zu wirken. Aber auch er vermag nicht das Festhalten der Kurden an der Sache des Islam zu erzittern.

Politische Lages eingesehen.

Ein Dreieck: England - Italien - Griechenland

Rom, 18. Dezember. Aus Athen wird berichtet, daß dort Verhandlungen über ein englisch-italienisch-griechisches Bündnis geplant werden. Ziel des Bündnisses ist eine gemeinsame Politik in den Fragen des nahen Ostens.

Der deutsche Botschafter in Rom. Als Botschafter am Quirinal in Rom ist nach einer Wolff-Meldung der bisherige deutsche Gesandte in Kopenhagen, Freiherr von Neutzhof, in Aussicht genommen.

Deutschlands Vertreter in Belgrad. Die jugoslawische Regierung erließ für den bisherigen deutschen Geschäftsträger von Keller das Abkommen zum Gesandten Deutschlands.

A schluß eines deutsch-portugiesischen Handelsabkommen. Der Abschluß des deutsch-portugiesischen Handelsabkommen am 2. Dezember erfolgt. Der Abschluß wird an anderer Seite sehr erfreut und anerkannt.

Regierungskrise in Südböhmen. Břežanský hat auf die Regierungsbildung (Koalitionsabkommen) verzichtet. Der König übertrug die Bildung des neuen Kabinetts dem Abgeordneten Davidovice. Arbeitervorwürfe in Sankt Petersburg. Streikende Arbeiter einer Goldmünzfabrik haben am Sonnabend eine Gruppe Arbeitsswilliger, meistens Deutsche, die die Streikenden erlegen sollten, angegriffen. Ein Mann wurde getötet und sieben verwundet.

Die Wahlen in Kanada. Es wurden gewählt: 120 Liberale, 68 Progressive, 60 Konservative und 2 Arbeiter. Von einem Rücktritt ist das Konsulat noch nicht bekannt. Die Progressiven sind für Erhöhung der Einfuhrzölle. In der Eisenbahnpolitik sind Progressiven und Konservative für das Weiterführen der staatlichen Kontrolle, wenn es auch größere Verluste mit sich bringt. Die Liberalen wollen die Eisenbahn in die Hände der Canada-Pacific legen.

5 Millionen Arbeitslose in Amerika. Wie "Chicago Tribune" meldet, hat Handelsminister Hodder kürzlich geäußert, daß von 5 000 000 Arbeitslosen des vorherigen Sommers 200 000 bereits wieder in der Industrie hätten aufgenommen werden können.

Schließlich ließ er sich, obwohl er bereits gezahlt hatte, von seinem Wein bringen und trank bis Mitternacht.

Schwerfällig torstepte er herein. Er sagte kein Wort von dem Gehörten zu Justina. Er sah sie nur fletschend scheu an, und sie kam ihm ganz verändert vor mit einem Male.

In ihren blanken, schwarzen Augen lauerte es wie heimliche Angst. Und sie machte ihm Vorwürfe, doch er selbst hegte nicht dahinter geblieben sei, sondern ins Wirtschafts gehen müsse, wo ohnehin die Leute schon auf alles so "hastig aufgeschaut", was sie täten...

Sein Blick wurde auf einmal stechend.

"So — wärum passen sie denn auf?" fragte er.

Sie wandte sich ab. Ihre große Gestalt zitterte plötzlich.

"Ich weiß nicht..." murmelte sie, "sie sind halt schon so... kannst Dir's nicht denken warum?"

Der Mann schwieg. Der Wein spülte in seinem Kopf und machte ihm das Denken schwer. Mit gläsernem Blick starrte er vor sich hin. Justina aber kniete in der Ecke unter dem Kreuzifix nieder und betete — zum ersten Male seit langer Zeit heilig und inbrünstig.

Am andern Tag fand die Beerdigung des alten Brintner statt. Fast der ganze Markt beteiligte sich daran. Von auswärts waren Verwandte der Brintnerschen dazu gekommen und Justina hatte vom frühen Morgen an im Hause zu schaffen mit all den Vorbereitungen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Heimatdichter der Mart.

(Zum Gedächtnis des 50. Todestages von Willibald Alexis am 16. Dezember.)

Als es noch wenig von rechter, echter Heimatdichtung gab, als nur vereinzelte Dichtungen so völlig aus dem Boden des Vaterlandes organisch erwuchsen, war Willibald Alexis einer der ersten, die durch ihre prächtigen historischen Ronäme aus der Geschichte

Die rheinischen Sonderbündler.

Smeets auf Befehl der Rheinlandkommission freige setzt.

Auf Befehl des deutschen Reichskommissars ist der Führer der Sonderbündler vom Rhein, Smeets, der nach Leiter der rheinischen Republik nennt, in Haft gesetzt worden. Sofort hat die Interessierte Rheinlandkommission den Reichskommissar aufgefordert, in fürchterlichste Frist eine genaue Auskunft über die Gründe, die zur Verhaftung Smeets' geführt haben, Auskunft zu geben, und unter welchen Umständen sie erfolgt sei. Schon tags darauf setzte ein Befehl der Rheinlandkommission Smeets in Freiheit. In dem Befehl heißt es u. a.:

Durch Vertretung ihres Delegierten in Köln sei die Rheinlandkommission mit einem Antrage befasst worden, der im Namen des gegenwärtig im Gefängnis befindlichen Leiters der Rheinischen Republik, Smeets, eingebracht worden sei und der darauf abziele, den Schutz der Rheinlandkommission auf Grund des Art. 1 der Verordnung 70 § 5 zu erlangen. Auf Grund des § 5 dieser Verordnung ordne die Rheinlandkommission an, daß der Angeklagte bis zum Erlass der endgültigen Entscheidung in Freiheit gesetzt werde.

Das Auswärtige Amt hat die deutschen Missionen in Paris, London und Brüssel angewiesen, Protest einzulegen wegen der Haftentlassung Smeets'.

Auch die Arbeiterschaft wendet sich in einer Entschließung gegen Smeets. In der Entschließung heißt es: Die heutige Versammlung der sozialdemokratischen Partei Kölns nimmt Gelegenheit, gegen die dunklen Machenschaften der Sonderbündlergruppe einen starken Einfluß zu erheben. Wir warnen das Ausland, namentlich Frankreich und Belgien, den Einflussreichen einflusloser Menschen, die sich auf unbedeutende Zahlen der rheinischen Bevölkerung stützen, Gehör zu schenken. Das rheinische Volk, namentlich die rheinischen Arbeiterschichten, denken nicht daran, sich aus dem Verbande der deutschen Republik zu lösen.

Republik Polen.

Einfluß des englischen Gesandten in Warschau gegen das polnisch-französische Abkommen. Kurier Godziny meldet: Der englische Gesandte in Warschau Max Miller hat anlässlich des polnisch-französischen Abkommens bei der polnischen Regierung entsprechende Schritte unternommen, da Polen kein Recht ausübt über Nachbar-Terrain in Ongalizien, dessen Staatszugehörigkeit noch nicht entschieden ist, zu verhindern.

Deutsches Reich.

Das Defizit des Reichshaushalt. Die vom Reichsfinanzminister dem deutschen Reichstag überreichte Übersicht über das Haushaltsjahr 1921 ergibt einen ungedeckten Betrag von 161 541 Millionen Mark. Davon entfallen 95,8 Milliarden auf den Fehlbetrag des ordentlichen Haushalt (einschließlich Kontributionshaushalt), 14,4 Milliarden auf die Fehlverträge in den ordentlichen Haushalt und das Reichsbeisenbahn, 28,2 Milliarden auf die ungedeckten Aufwendungen in diesen beiden Betriebsverwaltungen und 25,5 Milliarden auf ungedeckte Ansiedelungsbeträge der allgemeinen Reichsverwaltung.

Gefängnis für das Deutschlandblatt. Der Geschäftsführer eines Gastrauses in Düsseldorf wurde von der Besatzungsbehörde zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil die Kapelle des von ihm geleiteten Betriebes das Deutschlandblatt gefilmt hatte. Der Kapellmeister wurde zu derselben Strafe verurteilt.

Local- u. Provinzialzeitung.

Posen, 18. Dezember.

Stadtverordnetenwaltung.

An Stelle des nicht anwesenden Dr. von Mieczkowski eröffnete der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Grzegorzewicz die gestrige Stadtverordnetensitzung, die letzte des gegenwärtigen Stadtparlaments, um 7 Uhr. Dieser machte Mitteilung von dem Ableben des Stadtverordneten Pendorowski, dessen Andenken die Versammlung in der feierlichen Weise ehrt.

Stadt. Banc brachte eine Interpellation bezüglich der Amandeputation ein und beschwerte sich, daß alle Anträge, die schon geprüft und genehmigt wurden, mit roter Linie durchgestrichen wieder an den Ausschuß zurückgehen. Einer Frau Maria Niemyska, die eine private Sammlung veranstaltete, die 22 000 Mark erbrachte, sagte man, sie möge die Räte lieber in den Außenstädten. Der frühere deutsche Stadtrat Gemmell, der zahlreiche Beziehungen zu den maßgeblichen Kreisen hatte, veranlaßte als jährlich eine solche Sammlung, deren Ergebnis an die Armen verteilt wurde. Wenn heute jemand so etwas unternimmt, so erhält er eine dargorige Antwort.

Eine zweite Interpellation betraf die Städtebahnen. Für größere Bahnen ist der Tarif für eine Person zu zahlen; diese Summe wird aber auch für kleinere Bahnen erhoben,

seiner Heimat, der Mark Brandenburg, das Interesse der Leser auf die engere Heimat wies.

Wilhelm Haring, der sich dann später als Schriftsteller Willibald Alexis nannte, wurde am 29. Juni 1793 in Treblau geboren. Das anfänglich betriebene Rechtstudium gab er bald auf, nachdem er durch kleinere Arbeiten, besonders durch einige Romane in deutscher Manier als Schriftsteller bekannt geworden war. Einen großen französischen Erfolg hatte er mit dem biederländischen Roman "Cobans", der einen Abschnitt aus der Regierungszeit Friedrichs des Großen bringt und mit großem Geschick die Schönheiten der Mark schildert. Wer hatte es das dahin gewagt, bei der "märkischen Streusandbüchse" von landschaftlichen Reizen zu sprechen. Auch im "Poland von Berlin" ist ein geschicklicher Stoff mit viel Humor und Charakterisierungskunst verarbeitet, der uns die selbstmörderischen Vorliebkeiten der Schwesternstadt Berlin und Pölitz und die Unterwerfung beider durch den energischen Kurfürsten Friedrich II., den Eisernen erzählt. Hierzu hat Alexis eine große Menge von Studien in Archiven und Bibliotheken gemacht, die ihm auch für seine nächsten Werke sehr zu dienen kamen. Eine der traumtasten Episoden der brandenburgischen Geschichte lädt Alexis in seinem Roman "Der Falke Woldemar" uns vor Augen lebendig werden. Es ist jene wütige Zeit, als die Mark durch das Aussterben der Askanier an die Bayern kam und der Müller Barthelob sich als Markgraf Waldeimar ausgab, um Bucht und Ordnung in dem herrenlosen Lande zu erhalten; doch mußte er seinen guten Willen mit dem Tode büßen. Nach mehreren anderen Novellen und Romanen veröffentlichten den vielgeliebten, humorvoll-durchzogenen Roman "Die Hosen des Herrn von Bredow", der die Geschichte einer seit mehreren Generationen erhaltenen Leberhose berichtet von Bredow behandelt. Die schwere Zeit von 1805 bis 1807 behandelte die schwere Roman: "Siegerin" und "Mühle" ist die erste Bürgerpflicht". Auch hier gibt der Dichter wieder eine Menge lebendiger Landschaftsschilderungen mit treffender Charakteristik der märkischen Bauern. Sein letzter großer Heimatroman spielt im Zeitalter des Großen Kurfürsten und ist "Dorothea" betitelt.

Neben diesen Romanen sind die anderen sehr zahlreichen Werke von Alexis eigentlich nebensächlich, wenn auch manche seiner Novellen sich gut lesen. Das hervorragendste Verdienst des Dichters aber ist wohl sein treues Festhalten am Deutschtum. Für deutsche Macht steht er, deutsche Herrschaft verläßt er, und das deutsche Volk preist er und sagt ihm eine lange, glückliche Zukunft voraus.

Stadt. Banc, der Zeuge eines solchen Vorgangs war, wandte sich an den Schaffner, der ihm sagte, daß die Direktion eine derartige Weisung erteilt habe. Er wünschte eine bessere Auklärung der Schaffner in dieser Hinsicht.

Vizepräsident Dr. Niedaag: Die erste Angelegenheit bezüglich der Frau Maniewska sei ihm unbekannt, werde jedoch geprüft werden. Zu der zweiten Angelegenheit bemerkte er, daß für solches Gespräch geeignet wären müsse. Große Kosten, die die Stelle einer Person einnehmen, dürfen nicht in die Bagen hineingenommen werden.

Stadtrat Podolski bemerkte zu der Interpellation bezüglich der Amandeputation, daß die genannten Fonds nicht der Amandeputation zulassen dürfen, jedoch beim Deputationsbüro gemeldet werden müssen, um darüber in der Statistik genannt zu werden. Eine solche Auskunft, wie sie gegenüber der Frau Maniewska getan sein soll, ist niemals gefallen.

Daraus bringt Stadt. Banc den Antrag ein, für den Vizepräsidenten die selben Repräsentationskosten wie für den verstorbenen Stadtpresidenten zu bewilligen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Rundschau trat man in die Versammlung der Tagesordnung ein.

Stadt. Wohleralski beantragt, daß das Ministerium die Veranlagung für die Steuerfuß noch nicht zu Ende geführt hat, auf Grund des Gesetzes von 1921 ein Provisorium zu schaffen. Es sei unerhört, daß der Magistrat noch jetzt im Dezember keine Steuern von den Bürgern einziehen könne, weil der Minister die Arbeiten noch nicht zu Ende geführt habe. Die Versammlung sollte protestieren und erledigen, was erledigt werden müsse.

Um Schlüsse seiner Ausführungen über diese Angelegenheit bemerkte Vizepräsident Dr. Niedaag, daß die Steuer aller Vorwürfe nach erst im Februar n. Chr. eingezogen werden könne.

Stadt. Dr. Stark wendet sich an das Gefühl der Bürger,

die sich soweit als Bürger fühlen sollten, daß sie eine gewisse Summe freiwillig an die Steuerbehörden abführen.

Stadt. Wohleralski erinnerte an die deutschen Zeiten, da die Veranlagungen schon bis zum 31. März verschickt waren. Wie soll man nachher zahlen, wenn man keine Veranlagung bekommt? Wenn ich in diesem Jahr die ganze Summe auf einmal zahle soll, so muß ich dem Magistrat meine Frau und meine Kinder verkaufen.

Stadt. Wohleralski schlägt vor, eine Sammelpetition an die Regierung zu senden. Je mehr das Geld im Werte steigen wird, um so schwerer ist es den Bürgern, die Steuern zu zahlen.

Vizepräsident Dr. Niedaag: In unserem Hand liegen nur die Vorarbeiten. Die Festsetzung des Steuerfusses erfolgt durch den Finanzausschuss.

Daraus wurde folgender Antrag des Stadt. Wohleralski angenommen: "Die Versammlung bittet den Magistrat, daß er mit allen Mitteln dorthin auf die maßgebenden Bedröhren einwirken solle, damit diese mit größter Verstärkung die Stufen der Einkommensteuer festsetzen, um so die Einführung der Steuern für das Jahr 1921 zu ermöglichen." Dieser Antrag wurde angenommen.

Aber den folgenden Punkt der Tagesordnung, der die Errichtung der Kurlosten im Stadtkrankenhaus behandelt, berichtete Dr. Stark. Diese neue Erhöhung, die der Redner mit den hohen Lebensmittelpreisen begründete, wurde angenommen.

Daraus wurde ein Antrag der staatlichen Fortbildung- und Handwerkerschule um Beteiligung eines Gebäudes verlesen.

Berichtete Stadtverordnete wiesen auf die außerordentliche Bedeutung der Handwerksvorbildung für den Staat hin und bemerkten, daß nicht nur Wissenschaft und Kunst das Reich haben, vom Staat gefördert zu werden. Der Mittelpunkt und der Handwerkstand, aus denen sich die Groß- und Kleinindustrie entwickle, sei die eigentliche Stütze des Staates.

Ein Stadtverordneter bemerkte, daß der Magistrat solche Anträge ablehne, weil er keine Deckung für sie sehe.

Vizepräsident Dr. Niedaag: Es ist jetzt nicht der geeignete Augenblick, um die Stadt zu belästigen; mit können solz daran sein, daß wir nicht an die Regierung um Unterstützung herantreten wie andere Städte. Wie mir mitgeteilt worden ist, sind die Städte Jena und Bautzen fast vollkommen erschöpft und der Rest für andere Städte bestimmt.

Die Abstimmung ergab eine Überweisung dieses Antrages an den Magistrat.

Stadt. Sieradzki begründete hierauf eine Interpellation über die Entlassung von städtischen Arbeitern. Er führte u. a. auf: Personen, die schon drei Jahre in städtischen Diensten stehen, wurden entlassen, angeblich, weil sie auf einmal nicht imstande waren, ihre Tätigkeit auszuüben. Es ist unzulässig, wenn Rat Bożaniczka sagt, daß die Zahl der Geschäftseinheiten verringert werden muß; denn nach der Entlassung stellen man neue Leute ein.

Stadt. Kossmowski berichtete über Beschwerden gegenüber einem Meister, der Geschichten von Arbeitern angenommen habe; er beantragte, diesen Meister zu entlassen.

Stadt. Dr. Stark bemerkte, daß in der Entlassung von berbeiteten Arbeitern System liege; dieses sei allerdings ein falsches System.

Vizepräsident Dr. Niedaag bedauert, daß ihm kein Material über diese Entlassungen vorliege; eine eingehende Prüfung der vorgebrachten Fälle werde natürlich erfolgen. Er bittet, solche Anlegerheiten nächstens auf amtlichen Wege zu erledigen.

Stadt. Nowicki: Wenn die Arbeit auf die Meige geht, dann sind Entlassungen nicht zu vermeiden. Um ständige Arbeit zu haben, solltag ich im Sommer den Leuten vor, eine Stunde länger zu arbeiten. Die Leute lehnen dieses ab und beriefen sich auf den achtstündigen Arbeitstag. In einer Zeit, wo fünf städtische Arbeiter 2 Millionen kosten, muß eben gespart werden.

Stadt. Wettgeber bringt die Umänderung der Straßenbenennungen ein und schlägt folgende Bezeichnungen vor: Am Mühlenteich — Prezopod; Vorlebenhof — Baulehmannstraße; Zeitungstraße — Jerzyka; Goethepark — Park Moissat; Radzegno — Bociana.

Stadt. Budzinski schlägt vor, den Laloniusplatz — Platz Pręgrodzki zu benennen.

Nach längere Aussprache, die stets erregt verlief, weil Stadt. Siemianowski die Verdienste des verstorbenen Präsidenten nicht anerkennen wollte, wurden die obengenannten Änderungen angenommen.

Daraus wurden noch folgende Punkte erledigt: Erhöhung der Umlaufsteuern von beweglichen Gütern, um zwar sollen von der Gemeindesteuer 8% und von der Staatsteuer 1% erhoben werden.

Als letzter Punkt wurde die Bewilligung von Mitteln zur Verstärkung verschiedener Titel der städtischen Armenverwaltung für 1922 behandelt. Diese Mittel wurden ebenfalls ohne Widerspruch der Versammlung bewilligt.

Schluss der Sitzung 9½ Uhr.

Volkskundlich-wissenschaftliche Vorträge. An Stelle der heutigen, Donnerstag, abends 7 Uhr stattfindenden Vorlesung "Einführung in das deutsche Mittelalter" wird Herr Studienassessor Behrendt einen Vortrag mit Bildern über Dürer halten (um 7 Uhr abends). Der Eintritt ist frei. Die Vorlesung von Herrn Studienrat Knabe fällt heute aus.

Kindersatzung. Gestern abend gegen 8 Uhr wurde aus einer Bank in der ul. Ogrodowa (früher Gartenstr.) ein in Windeln

eingewickeltes neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts lebend aufgefunden und in das St. Josefsstift gebracht. Die Tat der unnatürlichen Mutter ist um so verabscheulicher, als gestern um die angegebene Zeit eine Kälte von 11 Grad Celsius herrschte.

X Festnahme eines Posener Sitzbuben in Warschau. In Warschau wurde ein gewisser Josef Witkowski verhaftet, der einen Raubzug trug, in dem sich folgende, wie er selbst ansieht, in Posen gesohlene Gegenstände vorfanden: Hosenträger, Taschen- und Kopftücher, 8 Paar schwarze Damstrümpfe, 14 Paar gelbe Kinderstrümpfe, 21 Paar schwarze Kinderstrümpfe, 5 Paar schwarze Füßlinge, 57 Paar gelbe und schwarze Schnürsenkel, 19 Hornkämme, 9 Metallkämme, 89 Spulen weißer Garn, 30 Spulen schwarze und weiße Seide, 18 Dukend Knöpfe, 1 Dukend Mundharmonikas, 7½ Dukend kleine schwarze Knöpfe, 36 Dukend weiße Garnknöpfe. Die betreffenden Eigentümer der Sachen können sich im Zimmer 2 der Posener Kriminalpolizei melden.

X Festnahme zweier Einbrecher. Vorgestern Nacht bemerkten zwei Kriminalbeamte in der Wielkie Garbarsz (fr. Große Garbarsz) zwei junge Männer, die dadurch aussieben, daß sie zwei vollgepackte Rückenjacken trugen. Bei der Durchsuchung fanden sieben wertvolle Kleidstücke zum Vorheben, die sie nach ihrem eigenen Gesicht aus der Drogenhöhle bei Chornik gestohlen hatten. Die beiden Täter, ein 20 Jahre alter Schlosser Johann Namyski aus Posen und der 21jährige Krankenwärter Karl Nohrock wurden verhaftet. Man scheint demnach wirklich den "Bock zum Garber" gemacht zu haben.

X In dem bereits kurz gemeldeten Einbruchsdiebstahl in dem Ganswitz und Wielkiszykigen Zigarrengeschäft im Bazarviertel erfahren wir noch, daß die Einbrecher — es müssen mehrere gewesen sein — den Lichsfach hinunterzogen sind, die eisernen Gitter auszuhandeln haben und dann in den Raum eindrangen, in dem der erste Geldschrank des Geschäfts stand. Dessen einnahmen sie an dem Gelde 650 000 M. außerdem aber eine goldene Uhr ein goldenes Armband mit einem großen Turm 200 M. den silbernen Goldberg, 400 Rubel in Gold und 120 M. Silbergeld. Der Pförtner des Hotels hatte ein verdächtiges Geräusch gehört; als er diesem nachging, eilte an ihm einer der Einbrecher mit einem Karabiner vorüber. Da er gegen ihn Verdacht vorwog, er hielt ihn und rief einen aus dem Markt siehenden Schuhmann zu, er möge den Verdächtigen festhalten. Der Einbrecher haftete, während er den Karabiner niedergeschlagen hatte, den Schuhmann nach der ersten "Gefechtschne" nach dem Bahnsteig getragen. Als der Schuhmann sich dann den Karabiner näher ansehen wollte, ergriff der Einbrecher die Flucht. So ist dasbare Geld gerettet, während die Goldsachen verschwunden sind. Die Einbrecher hatten die Beute offenbar unter einander geteilt.

X Beschlagnahme Diebesbeute. Ein Mann wurde zwei Wiederkäuferscheine, die vermutlich von einem Diebstahl herstammen, abgenommen. Sie können im Zimmer 2 der Kriminalpolizei beschlagnahmt werden.

X Einbruchsdiebstahl. Aus einem Speicher an der ul. Skarbowa 9 (fr. Märkische Str.) wurden nachts 32 Rentner Zuder im Werte von 800 000 M. gestohlen. — Bei einem Bahnarzt in der ul. 27 Grudnia 28 (fr. Berliner Str.) stahl ein Einbrecher 800 000 Kästchen Bähne mit Platineinlage im Werte von 300 000 M. — In der Aleje Marcinkowskiego 3a (fr. Wilhelmstr.) wurden aus einem Zigarrenladen zwei E. D. und 1705 bzw. 1715 gezeichnete Kisten mit zusammen 186 Kästen Zigarren im Werte von 423 000 Mark gestohlen.

* Wiederwahl. Das Ergebnis der Stadtvorwahlen, die am Donnerstag stattfand, ist folgendes. Es erhielten: Liste I (Arbeiterpartei) 1911, Liste II (Bürgerliche Partei) 1622 und Liste III (Deutsche Partei) 455 Stimmen. Demgemäß fallen auf Liste I 12, Liste II 10 und Liste III 2 Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung. Die Wahlbeteiligung war bei den deutschen Wählern über 90 v. H.

Handel, Gewerbe und Verkehr Kurse der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	15. Dezember	13. Dezember
Bank Bielska I—IX em. (umgest.)	220 + A	220 + A	
Bani Bielski I—III	—	225 + N	
Smilek, Potocki i Gla. I—VI em.	200 + A	—	
Luban	590 + N	590 + A	
R. Barlowiowski I—V em.	140 + A	150 + A	
Central			

